



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/28 - 3.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Eisenhower-Botschaft	S. 1
Wahlgesetze in Italien und Deutschland - Bericht aus Rom -	S. 3
Adenauers Auswanderungsprojekt	S. 4

Der Schritt ins Ungewisse

A.E. Eisenhowers lang angekündigter Beschluß, die 7.amerikanische Flotte aus den Gewässern von Formosa herauszunehmen, dürfte mehr Unruhe in der westlichen Welt als Erschrecken im kommunistischen China hervorrufen. Dieser erste außenpolitische Schritt des neuen amerikanischen Präsidenten ist ein Schritt ins Ungewisse. Eisenhower mußte ihn in Erfüllung seines Wahlversprechens tun. Er hatte dem amerikanischen Volk, das die Hauptlast des Koreakrieges zu tragen hat, gelobt, diesen menschen- und materialverschlingenden Kampf so oder so zu beenden. Sein Vorgänger Truman konnte nur an die Geduld und an die Einsicht appellieren. Sein Hauptbestreben war es, den schwelenden Brand nicht zur verheerenden Feuersbrunst ausdehnen zu lassen. Doch wie der Brand selbst zu löschen wäre, darauf wußte Truman dem unruhig gewordenen amerikanischen Volk keine gültige Antwort zu geben. Eisenhower glaubt, sie gefunden zu haben. Um den Krieg zu beenden, um die widerspenstigen Chinesen zum Nachgeben zu zwingen, nimmt er das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf sich. Er bringt als wichtigste Trumpfkarte den geschlagenen Marschall des chinesischen Bürgerkrieges, Generalissimus Tschiang Kai-schek, wieder in Aktion.

Die 7.amerikanische Flotte hatte im Sinne der Trumanschen Eindämmungspolitik eine Doppelaufgabe zu erfüllen. Sie verhinderte den rachehungrigen und erbitterten Tschiang Kai-schek an

großen Festlandsunternehmungen; seine Truppen, etwa eine halbe Million stark, waren zur Untätigkeit verdammt. Gleichzeitig band sie den Kommunisten Chinas die Hände: Sie konnten nicht mangels einer eigenen kriegstarken Flotte und aus Furcht vor einem direkten amerikanischen Eingreifen zum Generalangriff auf die letzte starke Bastion ihres erbittertsten Gegners ansetzen. Auf wessen Seite bei dieser Lage die besseren Vorteile lagen, läßt sich wohl kaum mit Sicherheit feststellen. Der Abzug der amerikanischen Flotte gibt nun Tschiang Kai-schek freie Betätigungsmöglichkeit. Er kann (und vielleicht will er es auch) nun mit seinen Truppen oder Teilen davon Mao Tse-tung im Rücken, also auf dem Festland, in Bedrängnis bringen. Starke Stoßtrupp-Unternehmen oder gar die Landung ganzer Armeen in den Küstengebieten von Schanghai und Kanton werden, so hoffen Eisenhower und seine republikanischen Ratgeber, die kommunistischen Chinesen zwingen, Truppen aus Korea und der Mandschurei abzuführen. Der chinesische Druck auf die UNO-Armeen würde dadurch geringer und als politisches Nahziel dieses militärischen Manövers könnte sich eine größere Bereitwilligkeit Pekings zum Eingehen auf einen Abschluß des Korea-Krieges ergeben.

Kann diese anscheinend verblüffend einfache Rechnung aufgehen? Tschiang Kai-schek ist, auf dem Höhepunkt seiner Macht, umgeben von der Glorione des Mitsiegers über Japan, als Befehlshaber einer kriegserfahrenen und mit modernstem amerikanischen Material ausgerüsteten Millionen-Armee, mit den kommunistischen Truppen nicht fertig geworden. Seine Armee schmolz wie Butter vor der Sonne dahin. Sie löste sich vor den anrückenden kommunistischen Heerefronten. Dutzende von Generälen Tschiang Kai-scheks verkauften ihre Waffen an die Kommunisten. Die Gründe für diesen einmaligen Zusammenbruch: Das Regime Tschiang Kai-scheks war moralisch ausgehöhlt, es hatte keinen Rückhalt im Volk, es war bis auf die Knochen korrumpiert. In ganz Asien gilt Tschiang Kai-schek als der Prototyp der Reaktion und des Großkapitalismus.

Ihn wieder unter den mächtigen Pittichen der USA aktiv werden zu lassen, wird im Endeffekt nur Mao Tse-tung zugute kommen. Nichts hat dem Bolschewismus in den Anfangsjahren der russischen Revolution mehr genutzt, als die von den Westmächten den weißgardistischen Generälen gegebene Unterstützung. Damals gingen Bolschewismus und russischer Nationalismus ihr erstes Bündnis ein, das sich später zu solch unheimlicher Stoßkraft entwickeln sollte. Mit den nicht nur militärisch geschlagenen Geistern von gestern gibt es keine Siege von morgen.

Der Erfolg der amerikanischen Politik kann sein, daß sich der Widerstand Pekings zur Weißglut entfacht, Großbritannien mit seinem hochentwickelten Sinn für neue Tatbestände und nicht mehr korrigierbaren geschichtlichen Machtverschiebungen hat bei aller Gegnerschaft gegen den Kommunismus Mao Tse-tung anerkannt. Es tat dies nicht nur aus wohlverstandenen eigenem Interesse, es tat dies vor allem unter Rücksichtnahme auf seine asiatischen Gliedstaaten des Commonwealth. Es wird zuerst die zu erwartenden ungünstigen Auswirkungen der neuen USA-Fernpolitik zu spüren bekommen. Seine im Stillen wirkende Vermittlerrolle in Asien ist heute in Frage gestellt. Und das kann nicht ohne Einfluß auch auf Europa bleiben.

Ein frecher Vergleich
von Victor Schiff

Rom, Anfang Februar

Berichte italienischer Korrespondenten aus Bonn in den letzten Tagen erwähnten die neue Wahlgesetzworlage der Bundesregierung und wiesen nebenbei darauf hin, dass man sich in Bonner Regierungskreisen auf das französische und das italienische Beispiel berufe. Dieser Vergleich ist eine Dreistigkeit, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal was den Inhalt der Bonner Vorlage betrifft, aber vielleicht noch mehr bezüglich der politischen Situation in den drei Ländern, in denen die Frage einer Wahlreform aufgetaucht ist.

Die verrückte Idee einer "zweiten Stimme" ist weder in Frankreich noch in Italien überhaupt jemals aufgetaucht. Gegen diesen zynischen Trick des Kabinetts Adenauer hätte die öffentliche Meinung sowohl in Frankreich wie in Italien, ohne Unterschied der Partei, sofort aufbegehrt: kein Staatsmann hätte es überhaupt gewagt, so etwas dem eigenen Volke zuzumuten. Es hat in der Geschichte der europäischen Demokratien in den letzten 150 Jahren vielerlei, vom Standpunkt der Volkssouveränität recht bedenkliche Wahlgesetze gegeben - aber auf so etwas ist noch keine Regierung gekommen, auch wenn sie vom Bestreben geleitet war, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben.

Wie stehen die Dinge in Italien? Die Gemeindevahlen in den letzten zwei Jahren haben ergeben, dass eine staatsfeindliche, diktatorlusterne, aussenpolitisch im Dienste einer fremden Macht stehende kommunistische Partei besteht, die mitsamt ihren Satelliten über etwa ein Drittel der Stimmen verfügte. Gleichzeitig hat sich ein Rechtsblock entwickelt, bestehend aus Neofaschisten und Monarchisten, der etwa 15% der Stimmen musterte. Der Sicherheitsspielraum für die demokratischen Kräfte gegenüber diesen Staatsfeinden von rechts und links war infolgedessen in gefährlicher Weise zusammengeschrumpft.

Nur unter diesem Gesichtspunkt ist in Italien die Idee einer Wahlreform überhaupt entstanden. Die verantwortlichen Politiker dachten sofort an das warnende Beispiel des Deutschland Anfang der dreissiger Jahre, als zunächst in einer ganzen Reihe von Ländern - Sachsen, Thüringen, Preussen - Landtage entstanden, in denen die beide Extreme über antidemokratische Mehrheiten verfügten und das parla-

mentarische System schwach gemacht wurde; dann dehnte sich diese für jede Demokratie auf die Dauer tödliche Krankheit auf den Reichstag aus. Und so kam Hitler an die Macht !

Wie kann es die Regierung Adenauer überhaupt wagen, bei ihren jetzigen Wahlreformplänen sich auf das italienische Beispiel zu berufen ! Wo liegt die Gefahr einer kommunistisch-neonazistischen Mehrheit bei den nächsten Wahlen unter dem bisherigen System ? In Italien gibt es keine Alternative für die Erhaltung des demokratischen Staates, jedenfalls in den kommenden Jahren, als die Zusammenarbeit der ehrlich demokratischen, staatsbejahenden Kräfte. Oder sollte der Bundeskanzler, der allerdings alles getan hat, um auch in den Ländern Koalitionsmöglichkeiten zwischen seiner Partei und der Sozialdemokratie zu sabotieren, in seinem reaktionären Hass gegen die SPD, so verbohrt sein, dass er sie als staats Erhaltende Partei nicht anerkennt ? Wenn er sich schon ^{auf} Italien beruft, dann sollte er sich lieber ein Beispiel an dem christlich-demokratischen Ministerpräsidenten de Gasperi nehmen, der die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie immer gesucht, wenn auch nicht immer gefunden hat.

+ + +

Der Kanada-Plan

(sp) Die Bemerkungen des Bundeskanzlers über Pläne der Regierung, aus der Sowjetzone geflüchtete Bauern für mehrere Jahre nach Kanada zu schicken, haben ausgesprochen alarmierend gewirkt. Dr. Adenauer hat diese Absicht mit der Notwendigkeit begründet, die aus der Landwirtschaft kommenden Flüchtlinge während ihres innerdeutschen Exzils nicht verstädtern zu lassen. Nach der Rückgliederung der Zone würden auch sie zurückkehren und den Osten wieder kolonisieren können.

Vielleicht ist der Bundeskanzler dabei von der Meinung ausgegangen, mit einem solchen Vorschlag wirklich einen praktischen Beitrag zur Linderung der Not der täglich neu hinzukommenden Flüchtlinge leisten zu können. Aber auch er dürfte der Ansicht sein, dass das Ganze nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann, sich aber möglicherweise denken: besser Etwas als Nichts. Aber auch

diese Rechnung geht nicht auf. Der Hebel muss woanders angesetzt werden.

Zuerst ist, wie sich jetzt ergibt, die psychologische Wirkung niederdrückend. Man hat im weitesten Kreisen der Zone die Mitteilung so gedeutet, dass der Akzent ganz eindeutig auf der Auswanderung liege, die Rückkehr aber in das Dunkel absoluter Ungewissheit gehüllt bleibe, ja, die ganze Aktion im Grunde eine trostverbrämte Beschreibung sei. Für viele Bauern, die heute in der Sowjetzone ein Sklavendasein führen, bedrängt von schlimmer Not und ständiger Sorge um Sicherheit und Leben, mag die Aussicht, im freien Kanada Landarbeiter zu sein, eine Verlockung darstellen. Entweder werden sie drüben in ihrem Beruf zu bescheidener Selbständigkeit kommen oder sie werden, vermutlich in der Mehrzahl der Fälle, nach Ablauf der Kontrakte in die Städte gehen wollen. Und es werden, nach den kanadischen Einwanderungsgesetzen die lebensfähigsten Jahrgänge sein, deren Fortfall die deutsche Alterspyramide weiter schwächen muss.

Der Bundeskanzler hat in der gleichen Rede, in der er die Ostzonenbevölkerung zum Durchhalten aufforderte, eben diese Überbrückung der Zeit bis zur Befreiung (welcher Befreiung?) in Kanada versprochen. Damit hat er seine unmittelbar vorangegangene Mahnung weitgehend entwertet. Es ist sicher kein Zufall, dass am Tage nach seiner Erklärung die Zahl der Flüchtlinge von 1 800 und 1 300 an den beiden Vortagen auf 2 500 emporschnellte. Es sind gewiss nicht nur Landwirte, die das Mehr ausmachen. Aber einmal hoffen nun auch andere Berufsgruppen, stärker auf solche Möglichkeiten. Zu anderen hutschockartig gewirkt, zu erfahren, mit welchen Terminen für die deutsche Wiedervereinigung die Auswanderungs- und Rückkehrtheorie des Kanzlers rechnet.

Dr. Adenauer hat sich schliesslich für eine aktivere Politik der Bundesregierung zur Regelung des Flüchtlingsproblems und zur Erleichterung der Lage Westberlins ausgesprochen. Solange diese Forderung von sozialdemokratischer Seite erhoben wurde, wurde sie als ungerechtfertigt und parteipolitisch bestimmt zurückgewiesen. Die neue Erkenntnis ist ein Fortschritt, der festgehalten zu werden verdient.